

Friedrich Krotz

Krise der Öffentlichkeit: Krise eines Konzepts, einer Disziplin oder einer historischen Form von Öffentlichkeit?

Es ist ein schwieriges Buch, das Kurt Imhof vorgelegt hat. Schwierig aus mehreren Gründen. Einmal, weil es in einer zwar kraftvollen, aber zugleich ausgesprochen komplexen Sprache verfasst und schon deswegen nicht leicht zu lesen ist. Schwierig insbesondere auch für Leser aus anderen Disziplinen, weil es ein Buch eines Soziologen speziell für andere SoziologInnen ist, das Assoziationen und Bezüge aus bald 3.000 Jahren (europäischer) Philosophie und 300 Jahren Sozialtheorie beinhaltet – und das von Leserin und Leser einfordert, dass diese nicht nur über das gleiche Wissen verfügen, sondern deshalb auch an vielen Stellen auf genauere Begründungen und Argumente verzichten können, dass ihnen also allgemeine Hinweise und generelle Überlegungen ausreichen, um auch im Detail nachvollziehen zu können, was da an Relevanzen und Kriterien, an Assoziationen und Systematisierungen, an Zusammenhangswissen und detaillierten Schlussfolgerungen vorgetragen wird.

Schließlich ist das Buch auch deswegen schwierig, weil es inhaltlich randvoll mit Thesen, Argumenten, Überlegungen und Hinweisen ist. Denn Imhof setzt sich seit Jahrzehnten sowohl theoretisch als auch empirisch mit den in dem Band verhandelten Fragen auseinander und bündelt hier nun sein Wissen und seine Überlegungen zu dem, was ihm schon immer am Herzen lag und liegt (soweit ich dies beurteilen kann): Dem Konzept »Öffentlichkeit« eine zentrale Rolle in der Soziologie zu verschaffen, die ihm in den Augen von Imhof vor allem deswegen zukommt, weil Öffentlichkeit die unabdingbare Basis von Demokratie ist. Bei diesem Vorhaben sollen zudem auch die neueren Entwicklungen berücksichtigt werden, die »Öffentlichkeit« genommen hat, und schließlich will Imhof das Konzept »Öffentlichkeit« auch zur Analyse der gesellschaftlichen Krisen von heute anwenden. Dabei sind seine zentralen Bezugskonzepte einmal das kantische Verständnis von Aufklärung als Überwindung der Unmündigkeit und zum anderen eben die in der Folge der Aufklärung erreichte Gesellschafts- und Lebensform der Demokratie, die es zu erhalten und zu entwickeln gilt. Dementsprechend sind es Immanuel Kant, die soziologischen Klassiker, insbesondere Max Weber, und der wichtigste Vertreter einer deliberativen Öffentlichkeitstheorie, Jürgen Habermas, in deren Tradition sich Imhof konzeptionell einordnet. Diese Orientierung durchzieht seinen Text, ohne dass sie immer explizit gemacht werden muss, wie schon der erste Absatz deutlich macht, mit dem Imhofs Buch (10) beginnt:

»Die Moderne wird zur Moderne, indem ihre Subjekte sich selbst als Produzenten sozialer Ordnung entwerfen. Dieser Schritt bedeutete, die »Vernunft« an die Stelle der

»Vorsehung« zu setzen. Für den sozialen Wandel dieser Moderne ist an diesem epochalen Vorgang entscheidend, dass »ihr« säkulares Weltbild im Gegensatz zu allen vormodernen, religiösen Weltbildern keine krisenresistenten Weltinterpretationen mehr zulässt. Alles erklärende religiöse Begriffe wie »Schicksal«, »Vorsehung« und »Fügung« verlieren in Sprache und Denken ihren Sinn stiftenden Gehalt. Das einst das »Wahre«, das »Gute« und das »Schöne« umfassende Wahrheitsverständnis religiösen Denkens muss einem wissenschaftlichen Wahrheitsbegriff weichen, der über Beobachtung (Experiment) und Diskurs Aussagen über Sachverhalte der objektiven Welt produziert. Die göttlich gesetzte Ordnung, das Gute, muss einer sozialen Ordnung weichen, deren Normen und Werte wohl zu einem großen Teil in der religiösen Tradition wurzeln, aber nun weltanschaulich begründet werden müssen. Und schließlich muss das über Begriffe wie »Seele«, »Gewissen« und »Talent« von Gott verliehene Schöne im Menschen mitsamt dem damit gegebenen identifikativen Bezug der Gläubigen zum Göttlichen und zur Glaubensgemeinschaft neuen Kollektividentitäten weichen, die auch säkular begründet werden müssen.«

Es sind nun drei Problemzusammenhänge, auf die Imhof bei der Realisierung seines Vorhabens stößt.

Der *erste dieser Problemzusammenhänge ist die Kritik an der Soziologie*. Mehr oder weniger wie Habermas (1962) versteht Imhof Öffentlichkeit als deliberative, als erwägende, argumentierende und schließlich beschließende Öffentlichkeit, über die die Gesellschaft und auch die Öffentlichkeit sich selbst beobachten. Öffentlichkeit ist so die zentrale Schleuse, durch die alles hindurch muss, wenn es demokratisch relevant sein will bzw., damit es demokratisch relevant sein kann. Öffentlichkeit dient in dieser Sichtweise folglich vor allem funktional dem demokratischen Zusammenleben, ist zugleich aber auch ein normatives Konzept, das aufweist, was für die Demokratie unerlässlich ist, und damit eine notwendige Einrichtung, die geschützt und weiter entwickelt werden muss.

Habermas hat bekanntlich mit seiner Habilitationsschrift (Habermas 1962) Öffentlichkeit und ihren Funktionswandel zwar in den 1960er-Jahren zu einem zentralen Thema der Soziologie gemacht, aber, wie Imhof dann auch zu Recht sagt, erlebte dieses Konzept in der Folge nur eine kurze Karriere. Habermas Ansatz wurde aus vielen Perspektiven heraus kritisiert und auch Habermas selbst hat ja in der zweiten Auflage seines Buches von 1990 manches revidiert – da war die Diskussion darum aber längst vorbei. Dafür, dass die Soziologie den Öffentlichkeitsbegriff weitgehend aus der Diskussion heraus genommen hat, macht Imhof allerlei Engführungen und Fehlentwicklungen in der Soziologie verantwortlich, die er in seinem Buch benennt. Vor allem diese reduzierte Bedeutung von Öffentlichkeit in der soziologischen Theorie will Imhof mit seiner Schrift und der darin abgedruckten Kritik an seiner Wissenschaftsdisziplin ändern.

Der *zweite Problemzusammenhang, mit dem Imhof sich beschäftigt, setzt an der Fragilität von Öffentlichkeit und an der Tatsache an, dass Öffentlichkeit prinzipiell verteidigt und geschützt und natürlich auch dynamisch weiterentwickelt werden muss*. Zweifelsohne war der ursprünglich gemeinsame Kampf von Wirtschaft und Zivilgesellschaft gegen den Staat im Feudalismus um freie Informationen, freie Meinungsäußerung und freien ge-

samtgesellschaftlichen Diskurs in der Folge der Aufklärung grundlegend für die Durchsetzung von Demokratie als Existenzform der Gesellschaft, wie Habermas, aber auch Historiker und Kommunikations- und Medienwissenschaftler immer wieder gezeigt haben (Stöber 2003; Schiewe 2004; Willke 2008; Bösch 2011). Und nur auf der Basis von Öffentlichkeit können sich Bürgerinnen und Bürger kompetent für die Belange ihrer Gesellschaft interessieren und das Geschehen beurteilen und so auch darauf achten, dass ihr ureigenster Bereich, ihr Leben als Bürger in ihrer jeweiligen privaten und individuellen Sinngestaltung und Selbstverwirklichung nicht durch Steuerungsmedien wie Geld oder Status ruiniert wird. Nur dann kann Demokratie als Resultat der Aufklärung funktionieren, nur so können die Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und Kultur und Gesellschaft gestalten, und nur dann brauchen sie von keiner höheren Macht mehr irgendwelche Geschenke zu erwarten oder Wunder zu erbitten. Alles, was von diesem Weg abweichen will, lässt sich deshalb vernünftig begründet für die Demokratie als schädlich begreifen – so etwa die Versuche, das Deliberative aus dem Öffentlichkeitsbegriff herauszunehmen, Öffentlichkeit rein funktional zu definieren, sie weiter zu »vermachten« oder eine Expertenrepublik anzustreben, wie sie beispielsweise Walter Lippmann (1925) vorgeschlagen hat (eine Rezension des Buches von Lippmann durch John Dewey findet sich in Dewey 2001, der deutschen Übersetzung von Dewey 1927). Das darf dann allerdings nicht zu dem Missverständnis führen, dass Öffentlichkeit für alle Zeiten von der Struktur her unverändert bleiben muss, wie wir noch sehen werden.

Als dritten Problemzusammenhang behandelt Imhof den »Neuen Strukturwandel von Öffentlichkeit« (108-160), wie er es nennt, zu dem ja auch der soziologische Dreiländerkongress in Innsbruck 2011 stattgefunden hat. Vereinfachend ausgedrückt entsteht dieser neue Strukturwandel einerseits als Entkoppelung des Mediensystems vom politischen System und andererseits zugleich als immer weiter gehende Ausdifferenzierung dieses Mediensystems, das Imhof, soweit es für Demokratie relevant ist, als System der Massenmedien behandelt. Entkoppelung und Ausdifferenzierung schädigen insbesondere die Aufgaben, die Öffentlichkeit, die ihrerseits von den Massenmedien strukturiert ist, für die Demokratie hat: Damit kommt der Demokratie auf Dauer ihr zentrales Selbstbeobachtungsinstrument und zudem der symbolische Ort von Bürgerbeteiligung und Deliberation abhanden. Diese These beinhaltet letztlich auch, dass die Koalition von Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit dem Staat heute nicht mehr funktioniert, was ja schon Habermas gezeigt hat, sondern stattdessen heute Staat und Wirtschaft gemeinsam die Zivilgesellschaft unter Druck setzen, indem sie die lebensweltlichen Formen sozialen Handelns und damit das gesellschaftliche Private zerstören, während die allgemeinere politische Berichterstattung immer randständiger wird. Dieser neue Strukturwandel von Öffentlichkeit lässt sich an einer Reihe von Indikatoren belegen, so etwa an der Zunahme von Skandalen und einer veränderten Art, wie diese Skandale inszeniert und genutzt werden – dies hat Imhof bekanntlich anhand der Untersuchung der Leistungen von Massenmedien über längere Zeiträume hinweg empirisch gezeigt. Andere Indikatoren sind die sich wandelnden Selektionslogiken der Massenmedien, Privatisierung und Personalisierung der politischen Berichterstattung, Wandel der Themen- und Meinungsresonanz oder die zunehmende Berücksichtigung von sogenannten

Medienlogiken durch die Politik und damit deren erzwungene Abgabe von Macht an die Medien. Dies alles kommt den klassischen Aufgaben der Massenmedien als Teil einer demokratischen Öffentlichkeit nicht entgegen. Sie fungieren stattdessen zunehmend als Werbeträger und verwandeln die Mitglieder der Zivilgesellschaft immer mehr in Medieninhaltskonsumenten, die sowohl durch Selektion von Information als auch durch personalisierte Formen der Darstellung, zunehmende Human Interest Stories etc. umorientiert und von ihren zivilgesellschaftlichen Zielsetzungen entfremdet werden.

Mit dieser groben Übersicht ist das Werk von Kurt Imhof natürlich keineswegs zur Gänze beschrieben. Was aber damit klar geworden sein sollte, ist einerseits die zentrale Thematik des Bandes, andererseits der damit verbundene Gestus des Autors, wie er schreibt und argumentiert. In den weiteren Kapiteln setzt Imhof diese Sichtweise ein, um einerseits auf der Basis seiner Öffentlichkeitstheorie eine soziologische Theorie der Krise im Kapitalismus zu entwickeln und um andererseits auf der Basis der Ausdifferenzierungsprozesse in der Gesellschaft verschiedene »semiautonome« Sphären wie Wissenschaft, Religion und Kunst sowie autonome Öffentlichkeiten in ihren gesellschaftlichen Funktionen und ihrer Entwicklung zu analysieren. Er gelangt so zu einem knappen Schlusskapitel, das die sich daraus entwickelnden gesellschaftlichen Umstände zwischen »Barbarei und Zivilität« ansiedelt.

Auch wenn vieles an Imhofs Analyse und Darstellung, insbesondere auch seine Kritik an den Massenmedien, von Bedeutung ist, so sind aus meiner Sicht gleichwohl drei wesentliche Einwände gegen bzw. Ergänzungen zur »Krise der Öffentlichkeit« notwendig: *Die immer noch gebräuchliche, aber faktisch nicht mehr brauchbare Reduktion der Funktionsweise von Öffentlichkeit auf Massenmedien führt ebenso in die Irre wie die Beschränkung der Argumentationen, Begründungen und Bewertungen nur auf an die soziologischen Klassiker und an die Aufklärung anschließenden Überlegungen; beides findet letztlich dann in der Weigerung zusammen, sich mit den neuen Formen von Öffentlichkeit auseinander zu setzen, wie sie durch die computervermittelten und computergesteuerten Medien möglich wird.*

1. Was Imhof trotz seiner gelegentlich funktionalistischen Argumentation erstaunlicher Weise nicht oder mindestens nicht nachdrücklich berücksichtigt, ist eine Analyse, die zwischen dem Konzept Öffentlichkeit als Voraussetzung für Demokratie und den konkreten historischen (und natürlich auch kulturellen) Formen, in denen Öffentlichkeit realisiert wird, unterscheidet. Wie bekannt waren der politische Diskurs und die Meinungsbildung in der Folge der Aufklärung an die damals vorhandenen Medien gebunden und haben sich vor allem in der Rolle der Wochen- und Tageszeitungen realisiert, wie auch die Medien- und die Kommunikationsgeschichte gezeigt hat (Stöber 2003; Hörisch 2004; Wilke 2008; Bösch 2011). Wenn Öffentlichkeit aber damals massenmedial strukturiert war, so stellt sich gleichwohl die Frage, ob sie das heute noch ist, und erst recht, ob sie das heute noch sein muss. Das gilt im Übrigen auch für zahlreiche politische und demokratische Tatsachen, Regeln und Strukturen: Für die in der französischen Revolution in Frankreich eingeführten Départements galt bei der Festsetzung ihrer Größe die Regel, »dass die Grenze von der Hauptstadt des Départements nicht weiter als einen Tagesritt zu

Pferd entfernt sein dürfe« (so Wikipedia unter https://en.wikipedia.org/wiki/Departments_of_France, abgefragt am 28.03.2014). Medien schaffen Raum und Zeit entgegen zahlreicher Annahmen nicht ab, aber sie verändern deren Wahrnehmung und Bedeutung, indem sie etwa handlungsleitende Vorstellungen von Lokalität, Erreichbarkeit, Gleichzeitigkeit und dergleichen beeinflussen. Insofern sind Bedingungen und Strukturen von Öffentlichkeit und Demokratie, aber auch von Staat und Verwaltung, die unter ganz anderen Bedingungen ihre Berechtigung gehabt haben mögen, unter den heutigen Bedingungen durchaus neu zu bedenken; sie können sich jedenfalls prinzipiell verändern.

Mit der Unterstellung einer vor allem massenmedial strukturierten Öffentlichkeit knüpft Imhof an der klassischen Sichtweise der traditionellen Kommunikationswissenschaft an und stellt faktisch die Printmedien und innerhalb derer die sogenannten Qualitätszeitungen in den Mittelpunkt, die es zu verteidigen und zu ›promoten‹ gilt. In der empirischen Kommunikationswissenschaft und auch in der Politikwissenschaft ist diese Sichtweise weit verbreitet. Das mag daran liegen, dass viele der Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehsender und die darauf orientierten gesellschaftlichen Institutionen die empirische Forschung und theoretische Konzeptbildung in der Kommunikationswissenschaft finanziert, Ergebnisse verbreitet und mindestens über die Festlegung der sie interessierenden Fragestellungen relevant beeinflusst haben. Ein weiterer Grund dafür mag zudem in wissenschaftsinternen Praktiken liegen, nämlich, dass man Zeitungen eben viel besser empirisch untersuchen und vergleichen kann als komplexe Öffentlichkeiten, die auch Bürgerinnen und Bürger und deren zivilgesellschaftliche Einrichtungen umfassen. In der Konsequenz haben sich die klassischen Printmedien – zusammen mit Radio und Fernsehen jedenfalls – dauerhaft als einzige relevante und vertrauenswürdige Träger von Öffentlichkeit und damit als fundamentale Bedingung von Demokratie inszeniert und sich so gegen Kritik und Einflüsse von Außen immunisieren können. Wenn sie heute an Relevanz und Nutzung verlieren, so wird dies in der Folge den digitalen Medien und dem Internet vorgehalten, das zudem noch durch seine ›Umsonstangebote‹ die wirtschaftlichen Grundlagen der herkömmlichen Medien und zugleich ihre Legitimation untergräbt. Die eigenen Probleme und Fehler erscheinen dann schnell als ganz klein und nebensächlich. Zu denen zählt aber auch ein zunehmend veraltetes Politikverständnis und eine ziemliche Ignoranz gegenüber den nachwachsenden Generationen und deren Anliegen und Interessen. Immer wieder wird dieses Vertrauen in die Massenmedien ja auch missbraucht, wenn etwa RTL die grandiose Sendung *Dschungelcamp* mit der grundgesetzlich begründeten Meinungsfreiheit gegen Kritik zu verteidigen versucht.

Trotz der unbestreitbar wichtigen Rolle, die die klassischen Massenmedien früher für Öffentlichkeit hatten und zum Teil durchaus noch haben – etwa Newcomb und Hirsch (1986) haben sie durchaus zu Recht als Berichterstatter, als Arenen der Auseinandersetzung und als Agenten spezifischer Meinungen beschrieben und damit letztlich eine funktionale Theorie von Öffentlichkeit vorgelegt – kann man Öffentlichkeit nicht ohne Weiteres auf massenmediale Öffentlichkeit verkürzen. Denn Öffentlichkeit und erst recht deliberative Öffentlichkeit bedarf der engagierten und interessierten Bürgerinnen und Bürger. Ihre Rolle kann nicht auf die Rolle der Leser, Zuhörer und Zuschauer reduziert

werden, die dann in der Regel auch noch unter der reduktionistischen Vorstellung einer kausalen Medienwirkung untersucht und eingeordnet werden. Schon bei der Entstehung von Öffentlichkeit war bekanntlich der relativ herrschaftsfreie interpersonale Diskurs im Kaffeehaus (in dem allerdings Frauen und Arbeiter nicht vertreten waren) für die Entstehung der Zivilgesellschaft, für den politischen Diskurs und die Demokratie relevant – und eben auch für die Bedeutung von Diskursstrukturen für die in Bezug dazu konstituierte gesellschaftliche Wirklichkeit. Die heute noch existierende Schweizer Encounter-Öffentlichkeit und die heute noch an persönliche Anwesenheit in Form von Caucuses geknüpften Vorwahlen für Präsidentschaftskandidaten in einigen Staaten der USA sind bekanntlich späte Überbleibsel davon, die heute immerhin noch dem Fernsehen dienlich sind, um Demokratie als strukturellen Prozess bildlich veranschaulichen zu können.

Erst recht kann man angesichts der Medienentwicklung der vergangenen Jahre Öffentlichkeit und demokratische Prozesse nur mit einem rein massenmedialen Konzept nicht mehr beschreiben. Dies gilt auch dann, wenn man die immer wieder aufkeimenden Hoffnungen, was das Internet schon allein durch seine Technik an partizipatorischem Handeln in Gang setze, nämlich eine gleichberechtigte Beteiligung aller an allem zu ermöglichen, nicht teilt und bei der sowohl theoretisch als auch empirisch begründeten These bleibt, dass die Technik alleine nichts ändert, sondern allenfalls Potenziale anbietet; dann hängt es von den Menschen, aber auch von den für sie und ihre Kommunikation relevanten Bedingungen und den technischen wie gesellschaftlichen Strukturen ab, was daraus wird. Dementsprechend sollten wir davon ausgehen, dass das Internet und die anderen computergestützten Medien wie das Smartphone etc. heute umkämpfte Gebiete sind, was die Art der Nutzung und deren Bedeutung für Demokratie und Öffentlichkeit, für Partizipation und Mitentscheidung betrifft. Noch haben diese Medien keine dauerhafte Form gefunden und können nicht als dauerhaft wirksame Dispositive im Sinne von Foucault und Baudry verstanden werden. Sie beinhalten – auf im Hegel'schen Sinn abstrakte Weise – demokratisch vielversprechende Potenziale, aber die Kräfte, die diese Medien derzeit hegemonial »normalisieren« und in einer bestimmten Form institutionalisieren, sind einflussreich: Die Bürokraten und Geheimdienste der mächtigsten Staaten der Weltgeschichte wie auch die größten und ertragreichsten Firmen der Wirtschaftsgeschichte arbeiten zielstrebig daran, alle auch zivilgesellschaftlich wichtigen Formen der Selbstverwirklichung an Konsum und Markenidentitäten zu binden und die demokratischen Formen einer Beteiligung und Deliberation entweder ins Harmlose umzu-leiten oder mit Sanktionen zu bedrohen (Krotz 2014) und die computergestützten Medien so zur Basis ihrer Geschäftsmodelle zu machen. Um ganz andere Formen einer Institutionalisierung umzusetzen, müssten die heutigen Konsumenten wieder mehr zivilgesellschaftlich denken und Staat und Wirtschaft unter Druck setzen: Soziale Institutionen sind in der Art, wie sie funktionieren, ein Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen den verschiedensten Akteuren, können beeinflusst werden und sind historisch wandelbar. Wir sollten dementsprechend zwischen einer Krise des Konzepts Öffentlichkeit als eine wichtige Voraussetzung für Demokratie und zwischen den spezifischen historischen und kulturellen Formen, wie Öffentlichkeit in spezifischen kulturellen Kontexten und spezifischen historischen Phasen umgesetzt wird, unterscheiden.

2. Wenden wir uns den damit zusammenhängenden Fragen noch aus einer anderen Perspektive zu – und damit auch der Frage nach der Rolle der Soziologie und der Kritik, die Imhof an ihr äußert: Wie oben bereits gesagt, lässt sich diese Kritik so zusammenfassen, dass die Soziologie das Konzept Öffentlichkeit und die damit zusammenhängenden Fragestellungen nicht zentral in ihre Theorien eingebaut und weiter entwickelt hat. Aus meiner Sicht wäre es notwendig, diese Kritik noch ein Stück weiter zu treiben und sie zugleich auch gegen Imhof zu richten, der ja letztlich ein Buch schreibt, das in seiner engen Orientierung an den soziologischen Klassikern die heutigen Entwicklungen primär oder nur durch den Rekurs auf das Wissen und die Ideen der Vergangenheit erklären und verstehen will: So interessant und wichtig diese sind – wer sich mit den Entwicklungen der Medien heute und dem dadurch nicht bewirkten, sondern induzierten Wandel von Alltag, Kultur und Gesellschaft auseinander setzen will, wird in Imhofs Buch eigentlich nicht fündig. Dies spiegelt auch, so die Behauptung, ein strukturelles Problem der Soziologie wider.

Interessanter Weise sind die wichtigsten Theoretiker der Kommunikationswissenschaft (nicht: der Medienwissenschaft) Soziologen und Sozialpsychologen. So hat George Herbert Mead (1969, 1973) als erster zusammen mit seinen Anhängern eine Soziologie auf der Tatsache und der Bedeutung der menschlichen Kommunikation aufgebaut. Er hat insbesondere – und in dieser Hinsicht ist er bis heute eigentlich singulär geliebt – gezeigt, dass erst Kommunikation das biologische Wesen Mensch zu dem gemacht hat, was sie oder er als Gattungswesen und damit als soziales Wesen ist, insofern erst Kommunikation Bewusstsein und Selbstbewusstsein nötig und möglich gemacht hat. Daran konnten dann – zumindest in zeitlicher Abfolge – Alfred Schütz, die phänomenologische Soziologie, teilweise die Wissenssoziologie und schließlich auch Habermas (1987) anknüpfen, um eine kommunikationstheoretisch basierte Soziologie weiterzuentwickeln.

Gleichwohl kann die Soziologie bis heute nicht verleugnen, dass sie andere Wurzeln hat, die sie sehr viel mehr geprägt haben, insofern sie immer schon vor allem an der Organisation von Arbeit, der Umformung der Natur und der Reproduktion sowie den dafür relevanten konkreten Formen des menschlichen Zusammenlebens angesetzt hat. Der Mensch, wie die Soziologie ihn sieht, ist dementsprechend ein Wesen, das sich durch seine Arbeitsfähigkeit vom Tier unterscheidet und infolgedessen wesentlich durch deren Organisation bestimmt ist. In diesem Rahmen war Kommunikation in der Soziologie deshalb bis zu Mead und darüber hinaus vor allem und in erster Linie Hilfsmittel für Koordination und Zusammenarbeit, dann später im Blick der Frankfurter Schule zusammen mit den Medien Mittel ideologischer Verblendung, wobei Ideologie gerade das systematisch verwirrte Komplement zu den objektiv-konkreten Reproduktionsbedingungen des Menschen darstellt (Horkheimer/Adorno 1971). Auch die Semiotik und die darauf aufbauende Kultursoziologie, etwa in Form der cultural studies (Williams 1958, 1981), haben die Soziologie insbesondere in Deutschland weder entscheidend beeinflusst noch ihre Perspektive grundlegend erweitert. Das heißt aber auch, dass die Grundbegriffe der Soziologie letztlich nach wie vor in einem Bezugssystem wurzeln, in dem die spezifisch menschliche Kommunikation nur eine eingeschränkte Bedeutung hat.

Demgegenüber lässt sich der Mensch mit der gleichen Berechtigung aber auch als das Wesen definieren, das zu komplexen Formen der Kommunikation befähigt und von dieser Kommunikation essentiell abhängig ist. Dabei muss menschliche Kommunikation als etwas fundamental anderes verstanden werden als das signalbezogene Verhalten von Tieren, die auf der Basis von Reiz und Reaktion funktionieren, und auch als etwas anderes als Datenaustausch zwischen Maschinen. Interessant ist hier der Versuch des Sprachwissenschaftlers Rudi Keller (2003), der argumentativ zu begründen versucht, dass die menschliche Fähigkeit zu sprechen, nicht, wie immer wieder in der Philosophie angenommen, über verallgemeinerte Begriffe in die Welt kam, die sich zwischen den Menschen und die ihn umgebenden Gegenstände schoben, sondern als Lüge. Aus seiner Sicht kann man erst da von Kommunikation sprechen, wo ein Warnsignal, auf das alle anderen einer ›Urhorde‹ automatisch mit Flucht reagieren, als Mittel eingesetzt wird, etwas anderes zu erreichen: Die lieben Freunde von der eben erlegten Beute mit einem scheinbaren Warnruf wegzuscheuchen, damit man sich selbst das Lendensteak sichern kann; hier wird ein Signal zu einem Symbol mit auszuhandelnder Bedeutung. Wir werden nie wissen, ob diese Szene so stattgefunden hat, in der nur eine neue Verwendung eines alten Signals stattfindet, damit aber etwas Neues begründet wird. Aber die Überlegung macht deutlich, dass da, wo die Menschheit als Gattung zu einer Gattung von Symbolwesen wird und Wirklichkeit ihren kausalen Charakter verliert, neue interaktionale Wirklichkeiten entstehen, die durch Prozesse des Aushandelns und der Beurteilung entwickelt werden, und dass der Mensch ab dann die Möglichkeit hat, im positiven wie im negativen Sinn nicht mehr nur mit Gegenständen, sondern mit Begriffen zu hantieren und sich an neuen Sinnkonstruktionen zu orientieren. Insofern wäre eine kommunikativ begründete Soziologie von der herkömmlichen Soziologie deutlich unterschieden, auch in ihren Konzepten und ihrer Anlage: Wer das kommunikative Handeln als Grundlage betrachtet und seine Fragen, Begriffe und Thesen darauf aufbaut, kann Kommunikation und ihre demokratisch wichtigste Voraussetzung »Öffentlichkeit« nicht mehr nur als ein bloßes Mittel zur Demokratie begreifen, sondern auch in sich als eine Errungenschaft, in der sich Demokratie dann auch realisiert, die nicht mehr nur und vielleicht überhaupt nie primär und ausschließlich an Massenmedien gebunden sein kann. In dieser Hinsicht lassen sich dann angesichts der heutigen Medienentwicklung auch Protestformen wie Wikileaks, die Snowden'schen Enthüllungen oder andere unkonventionelle Mittel der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme nicht mehr einfach nur nach überkommenen Normen bewerten und für inkompatibel mit den Normen der journalistischen Ethik befinden – es geht hier um sehr viel Grundlegenderes.

In diesem Zusammenhang hat man als Kommunikationswissenschaftler immer wieder mal den Eindruck, dass die Soziologie den durch die Potenziale der computergesteuerten und computerbezogenen Medien bewirkten Wandel von Alltag und Identität, Kultur und Gesellschaft – wie ihn etwa die Mediatisierungstheorie als Prozess untersucht (Krotz 2007; Lundby 2009; Krotz et al. 2014) – nicht so recht zur Kenntnis nimmt, sondern immer noch Kommunikation als etwas zum wirklichen sozialen Geschehen Äußerliches begreift, das man halt irgendwie berücksichtigen muss – von Ausnahmen selbstverständlich abgesehen. Ein ähnlicher Eindruck entsteht von der Politikwissenschaft, die

zwar weiß, dass Politik, Gesellschaft und besonders ein demokratisches System vor allem über Kommunikationen funktionieren, die aber diese vielfältigen und für alle Politikerebenen genuinen Kommunikationsformen und -zusammenhänge letztlich ebenso als etwas ihren politischen Theorien Äußerliches verhandelt.

Eine Soziologie, die Kommunikation ernst nimmt, würde also auch den Öffentlichkeitsbegriff hoch halten, ihn aber auch nicht nur funktional auf Demokratie beziehen und erst recht nicht einseitig an Kommunikation als Massenkommunikation binden. Überhaupt würde sie die zunehmende Bedeutung von computerbezogener und -vermittelter Kommunikation, durch die sich die alten Kommunikationsformen verändert haben und neue entstanden sind, sowie die dadurch veränderten Formen von Arbeit und Politik, Alltag und sozialen Beziehungsmustern der Menschen auf der Basis des Wandels von Kommunikation ernst nehmen. Im Falle der Printmedien waren es die Menschen und nicht die Druckmaschine, die das Lesen radikal verändert haben (Illich 2010), und es folgten Jahrhunderte der Kriege, der Ausgrenzungen und anderer Entwicklungen, bis sich die Buchkultur durchgesetzt hat – heute geht es schneller und hoffentlich auch friedlicher, was die computerbestimmte Kultur angeht.

In der vordigitalen Soziologie aber bleibt es bei der Idee, dass Öffentlichkeit als Konzept auf ein Gerüst von Massenmedien Bezug nimmt, in dem sich Diskurs, Partizipation und Deliberation abspielen, und dass Öffentlichkeit genau diese Form besitzen muss, damit Demokratie funktioniert. Deshalb wäre die Soziologie und damit auch der Ansatz von Imhof m.E. zu erweitern. Ebenso, wie die klassische Kommunikationswissenschaft mit ihren an den Massenmedien entwickelten Konzepten der motivationalen Nutzung, der kausalen Wirkung von Medieninhalten etc. heute nicht mehr weiterkommt, um die Bedeutung und Macht von Kommunikation als Prozess zu verstehen, müssen auch die übrigen Sozialwissenschaften (die Soziologie und die Politikwissenschaft insbesondere) ihr Wissen neu denken. Erst eine dialektisch verstandene, gemeinsame Sozialwissenschaft, die an beiden Sichtweisen zusammen ansetzt, könnte dann weiter führen.

3. Diese Schlussfolgerung liegt auch deswegen auf der Hand, weil dafür eigentlich auch Konzepte vorliegen, die in der Soziologie entstanden sind, aber nicht genutzt werden. So geht zum Beispiel Imhof in seinem Band auf John Deweys pragmatistische Öffentlichkeitstheorie unter dem Titel der »Differenzierung der Gesellschaft und Notwendigkeit der Deliberation« (66f.) ein. Es ist ohne Zweifel richtig, dass Dewey eine ideale Kommunikationsgemeinschaft anstrebt, die er in der Demokratie für realisierbar hält. Aber Imhof geht nicht darauf ein, dass Dewey seinen Öffentlichkeitsbegriff auch ganz explizit definiert, wenn er sagt, dass Kommunikation da unter die Kategorie »öffentlich« fällt, wo sich aus der Kommunikation Konsequenzen für andere ergeben (Dewey 1927; vgl. auch Krotz 2000; Lingenberg 2009). Um es so auszudrücken: Dewey hat damit schon 1927 einen Öffentlichkeitsbegriff entwickelt, der nicht primär an die Leistungen der Massenkommunikation gebunden ist, der auch nicht von der Struktur der Medien und den Potenzialen und der Realisation von Kommunikation im 18. oder 19. Jahrhundert ausgeht. Er ist vielmehr auch für heute adäquat, insofern er es ermöglicht, den Menschen als kommunikatives Wesen und von daher Öffentlichkeit in ihrem Wandel durch den Wandel

der menschlichen Kommunikation her zu denken. Derartige Überlegungen spielen dann auch für andere demokratisch relevante Konzepte eine Rolle: Die vom Bundesverfassungsgericht immer wieder den Medien zugewiesene Aufgabe, Gesellschaft zu integrieren, kann dann heute nicht mehr nur dadurch erfüllt werden, dass alle das selbe lesen, hören, sehen und bedenken, sondern nur dadurch, dass die Medien ganz generell Kommunikationsbereitschaft und Kommunikationsfähigkeit fördern und sichern – auch in dieser Hinsicht muss beispielsweise neu gedacht werden.

Zusammenfassend gesagt, legt Kurt Imhof mit der »Krise der Öffentlichkeit« ein lesenswertes Buch vor. Aber seine Perspektive, seine Ressourcen und seine Argumentationsweisen bleiben zu eng einer klassischen Soziologie verhaftet. Die Zukunft der Gesellschaft lässt sich heute nicht mehr nur aus den soziologischen Klassikern und deren Konzepten und auch nicht mehr ohne besondere Berücksichtigung des Menschen als symbolisches und kommunikatives Wesen ableiten. Ebenso wie die Kommunikationswissenschaft die Thesen der Soziologie zur Kenntnis nehmen musste und so mit wichtigen Theorien versorgt worden ist, muss heute umgekehrt die Soziologie sich mit dem Gedanken anfreunden, dass sie die Rolle der Medien, die Bedeutung von Kommunikation und vor diesem Hintergrund das eigene Wissen und die eigenen Konzepte neu denken und validieren muss. Und, am Rande bemerkt, sowohl Kommunikationswissenschaft als auch Soziologie müssen sich mit Phänomenen wie den inneren Wirklichkeiten der Menschen und ihren kultursoziologischen Charakterisierungen etwa durch Habitus und Sozialcharakter auseinandersetzen, ohne die schon ein Konzept wie »Verstehen« als historischer Prozess nicht rekonstruierbar ist. Auch die Erkenntnisse der weiteren Wissenschaften, die relevante Einsichten über Medien und Kommunikation erarbeitet haben, sind zu berücksichtigen. Nur so kann man die vielfältigen Entwicklungen auf allen Ebenen rekonstruieren und die weitergehenden »Vermachtungsstrukturen« durch die Ökonomie sowie die zunehmende Universalität der hegemonialen Diskursstrukturen nachzeichnen – und dann hoffentlich auch irritieren.

Literatur

- Bösch, Frank (2011): *Mediengeschichte*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Dewey, John (1927): *The Public and its Problems*. New York: Holt.
- Dewey, John (2001): *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*. Berlin/Wien: Philo Verlagsgesellschaft
- Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (Habilitationsschrift)*. Neuwied: Luchterhand.
- Habermas, Jürgen (1987): *Theorie kommunikativen Handelns*. 2 Bde. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Illich, Ivan (2010): *Im Weinberg des Textes. Als das Schriftbild der Moderne entstand*. München: C.H. Beck.
- Hörisch, Jochen (2004): *Eine Geschichte der Medien*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1971): *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Keller, Rudi (2003): *Sprachwandel*. Tübingen: A. Francke/UTB.

- Krotz, Friedrich (2000): »Öffentlichkeit und medialer Wandel«. In: Faulstich, Werner/Hickethier, Knut (Hrsg.): *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung*. Bardowick: Wissenschaftlicher Verlag, 210-223.
- Krotz, Friedrich (2007): *Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*. Wiesbaden: VS.
- Krotz, Friedrich (2011): »Mediatisierung als Metaprozess«. In: Hagenah, Jörg/Meulemann, Heiner (Hg.): *Mediatisierung der Gesellschaft?* Münster: Lit Verlag, S. 19-41.
- Krotz, Friedrich (2014): »Die Institutionalisierung des Internets und warum und wie wir uns dagegen wehren sollten«. In: *MERZ* 2014(1), S. 12-20.
- Krotz, Friedrich/Despotovic, Cathrin/Kruse, Merle Marie (Hg.) (2014): *Mediatisierte Welten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lingenberg, Swantje (2009): *Europäische Öffentlichkeit – Öffentlichkeit ohne Publikum? Ein pragmatischer Ansatz mit Fallstudien zur europäischen Verfassungsdebatte*. Wiesbaden: VS.
- Lippmann, Walter (1925): *The Phantom Public*. New York: Hartcourt, Brace and Co.
- Lundby, Knut (Hg.) (2009): *Mediatization. Concept, Changes, Consequences*. New York: Peter Lang.
- Mead, George Herbert (1969): *Philosophie der Sozialität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mead, George Herbert (1973): *Geist, Identität und Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Newcomb, Horace M./Hirsch, Paul M. (1986): »Fernsehen als kulturelles Forum«. In: *Rundfunk und Fernsehen* 34(2), S. 177-191.
- Schiewe, Jürgen (2004): *Öffentlichkeit*. Paderborn: Ferdinand Schöningh/UTB.
- Stöber, Rudolf (2003): *Mediengeschichte*. 2 Bde. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Wilke, Jürgen (2008): *Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte*. 2. durchgesehene und ergänzte Aufl. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- Williams, Raymond (1958): *Culture and Society*. New York: Chattu and Windus.
- Williams, Raymond (1981): *The Sociology of Culture*. London: Fontana.

Anschrift:

Prof. Dr. Friedrich Krotz
Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI)
Universität Bremen, FB 09
Linzer Str. 4
28359 Bremen
krotz@uni-bremen.de